

# antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 72

Juli 2011

## 5404 Stellungnahmen zum NPD-Verbot an Innen- und Rechtsausschuss des Landtags Schleswig-Holstein übergeben

### „Tut was!“

5404 Stellungnahmen zum NPD-Verbot, die die VVN-Bund der Antifaschisten bundesweit im Internet und auf der Straße, an Infoständen und bei Veranstaltungen gesammelt hat, wurden im letzten Jahr zusammengestellt und gedruckt. Herausgekommen ist unter dem Titel „Tut was!“ ein „Schweres Buch“ im doppelten Sinne: 385 großformatige Seiten haben ihr Gewicht, aber der Inhalt ist noch schwerwiegender!

Mag es noch angehen, seine Unterschrift unter die Forderung nach einem NPD-Verbot zu setzen, so ist die Hürde, dazu auch Stellung zu nehmen und seine Überzeugung zu begründen, doch noch erheblich höher. Und so sind Stellungnahmen von Menschen aller Altersstufen aus allen 16 Bundesländern verfasst worden, kurze, prägnante, bisweilen etwas provozierend formulierte, aber auch sehr ausführliche, argumentationsreiche Stellungnahmen, zuweilen auch künstlerisch ausgestaltet. Auch mehr als 130 Stellungnahmen aus Schleswig-Holstein.

Natürlich war es nicht Sinn der Kampagne, uns selbst für unsere Arbeit und unser Engagement zu beweihräuchern – vielmehr sollte öffentlich deutlich gemacht werden, dass es für neofaschistische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland keinen Platz geben darf. Darüber hinaus war es auch unser Ziel, die zu einem Verbotsantrag berechtigten Verfassungsorgane (Bundestag, -rat und -regierung) erneut von der Notwendigkeit eines solchen Verfahrens zu überzeugen. Daher entschlossen wir uns nach längeren Diskussionen, die gedruckten Stellungnahmen dem Landtag und der Lan-

desregierung zu übergeben und schlugen dem Innen- und Rechtsausschuss hierzu einen Termin zeitnah zum 8. Mai vor, dem 66. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus.



Übergabe der Stellungnahmen zum NPD-Verbot an den Innen- und Rechtsausschussvorsitzenden Thomas Rother (2. v. lks)

Am 11. Mai war es dann soweit: Hartmut Büchsel, der Landesvorsitzende der VVN-Bund der Antifaschisten Schleswig-Holstein und seine Stellvertreterin Marianne Wilke überreichten dem Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses, Thomas Rother das Buch „Tut was!“. In einem kurzen Redebeitrag sagte Hartmut Büchsel unter anderem:

„Vor 66 Jahren, am 19. April des Jahres 1945 legten die überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald einen Schwur am Grab ihrer ermordeten Kameraden ab, in dem es in den letz-

ten Zeilen heißt: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Verantwortung dafür wahrnehmen, dass die in diesem Schwur zum Ausdruck kommende Forderung, diese Hoffnung, dieser Wunsch der überlebenden KZ-Häftlinge endlich Wirklichkeit wird.“

Anwesend war auch Silke Hinrichsen vom SSW, der die Stellungnahmen ebenso überreicht wurden wie den Repräsentanten der anderen im Ausschuss vertretenen Landtagsfraktionen. Der Vorsitzende sagte auch zu, ein Exemplar dem Innensenator zukommen zu lassen. Thomas Rother übernahm es ebenfalls, die Unterschriften unter die Aufforderung an den Ministerpräsidenten, sich im Bundesrat für einen Antrag auf das NPD-Verbotsverfahren einzusetzen, entsprechend an die Staatskanzlei weiter zu leiten.

Inzwischen wissen wir, dass sich der Landtag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE auf seiner nächsten oder übernächsten Sitzung mit dem Thema NPD-Verbot befassen wird.

Aktuelle Bedeutung hat das Thema zusätzlich wegen der jährlichen neofaschistischen Aufmärsche in Lübeck sowie wegen des Überfalls auf die Mai-Kundgebung des DGB in Husum, als ca. 50 Neofaschisten aus NPD und „freien Kräften“ über den Kundgebungsplatz fegten, Infostände zerstörten, Stühle ins Hafenbecken



## Kommentar

# Rückfall in den kalten Krieg

Die Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft sind wegen der offen revanchistischen Reden ihrer Repräsentanten und der ihnen applaudierenden deutschen Politiker immer wieder Anlass zu Empörung und Protest gewesen. Selten aber hat sich die Konfrontation so zugespitzt wie in diesem Jahr. Ausgerechnet in den Tagen des Gedenkens an das Massaker der Nazis in Lidice hatte der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Pany, eine Entschuldigung der tschechischen Regierung für die Vertreibung der Sudetendeutschen im Jahre 1945 verlangt (Lidice war im Juni 1942 von den Nazis dem Boden gleich gemacht, die 340 Einwohner des Dorfes ermordet worden). Den energischen Protest des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus nannte Bernd Posselt, der oberste Repräsentant der Sudetendeutschen einen Rückfall in die Zeit vor 1989. Unterstützt wurden Pany und Posselt von Bayerns Ministerpräsident Seehofer, der die Sudetendeutsche Landsmannschaft der „uneingeschränkten Solidarität der bayerischen Staatsregierung“ versicherte. Derselbe Seehofer, der die VVN-Bund der Antifaschisten in Bayern vom Verfas-

sungsschutz beobachten lässt und ihr damit die Möglichkeit entzieht, wie in anderen Bundesländern als gemeinnützig anerkannt zu werden.

Wenige Tage nach dem Pfingst-Eklat meldete sich auch Erika Steinbach (CDU), Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen zu Wort. Sie, die einmal behauptet hat, die Tschechen hätten während der Besatzung unter den Deutschen nicht gelitten, nahm sich die Volksrepublik Polen vor. In Erinnerung an den vor 20 Jahren abgeschlossenen deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag forderte Steinbach von der polnischen Regierung die Anerkennung des Unrechts, das den vertriebenen Deutschen von Polen zugefügt worden sei. Es sei „längst überfällig, dass auch aus Warschau den Vertriebenen Mitgefühl entgegengebracht und die Hände zur Versöhnung ausgestreckt werde.“

Fast zeitgleich und nicht zufällig erleben die deutschen Antifaschisten massiven Druck seitens der Bundesregierung. Da ist die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die so genannte Extremismus-Fachfrau, die sich für die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch den Verfassungsschutz einsetzt und Fördergelder aus Bundesmitteln von der Unterzeichnung einer „Extremismusklausel“ abhängig macht, einen Nachweis zu erbringen, „auf dem Boden des Rechtsstaates zu stehen.“ Es ist klar, was die Innenministerin darunter versteht: wer vom Verfassungsschutz

beobachtet wird, also Linke, VVN-BdA und viele andere erhalten keine finanziellen Zuschüsse, bestimmt aber die Vertriebenenverbände, die ja schon viele Jahre öffentliche Mittel erhalten, auch wenn sie noch so sehr Revanchismus verbreiten und dem Ansehen Deutschlands im Ausland schweren Schaden zufügen. Dafür wird nicht zuletzt auch der neue Innenminister Hans-Peter Friedrich sorgen, den die Sudetendeutsche Zeitung nach seiner Ernennung auf der ersten Seite freudig als „engagierten Freund und Förderer der deutschen Heimatvertriebenen“ feiert.

Ein großer Teil der antifaschistischen Initiativen weigert sich inzwischen, die Extremismusklausel zu unterzeichnen. Ein linksalternatives Bildungszentrum aus Pirmasens verzichtete unter diesen Umständen sogar auf die Annahme des mit 10.000 Euro dotierten Städtischen Demokratiepreises.

Mit der Extremismus-Klausel versucht Kristina Schröder, die antifaschistische Bewegung zu spalten und sie damit zu schwächen. Das darf nicht gelingen. Im antifaschistischen Bündnis über Partei- und Religionsgrenzen hinweg zusammenzustehen ist notwendig, um allen Bestrebungen entgegenzutreten, in die Schützengräben des kalten Krieges zurückzukehren. Das ist nicht zuletzt eine Lehre, die uns die Überlebenden der Konzentrationslager vermittelt haben.

*Günther Wilke*

## Fortsetzung von Seite 1

warfen und einen jungen Gewerkschafter so verletzt, dass er ambulant im Krankenhaus behandelt werden musste. Noch am gleichen Tag schrieb daraufhin die VVN-Bund der Antifaschisten einen Offenen Brief an den Kreistag Nordfriesland. Darin machte sie den Vorschlag, in einem Kreistagsbeschluss die Landesregierung aufzufordern, sich im Bundesrat für den Antrag auf Einleitung des NPD-Verbotsverfahrens einzusetzen. Allerdings reichte es auf der Kreistagssitzung am 28. Mai lediglich zu einem Aufruf gegen Neonazismus in Nordfriesland, der dann auch noch durch die CDU und FDP auf „Extremisten“ erweitert und verwässert wurde. *rb*

## Wann bricht das Schweigen?

In der Nacht von Donnerstag, 26.5.2011 auf Freitag, den 27.5.2011 wurde mein Motorroller auf dem Gelände meines Wohnsitzes von Unbekannten mit Klebstoffen beschmiert und fahruntüchtig gemacht.

Da ich mich politisch und kulturell in Eutin engagiere, mag das vielleicht eine Motivation für diesen Anschlag sein. Da mein Engagement sich gezielt gegen Neonazis in Eutin richtet, vermute ich hauptsächlich aus diesem Spektrum die Täter. Die Aktion zeigt wieder einmal, dass Gewaltbereitschaft gegen Büros, Transportmittel und Menschen in Eutin durch sogenannte „Autonome Nationali-

sten“ gegeben ist. Auch ihre Beteuerung auf ihrer Homepage, keine Gewalt gegen Gegenstände zu forcieren, impliziert letztendlich, dass sie Gewalt gegen Menschen gut heißen bzw. nicht ausschließen.

Ziel ist es, mit dieser Tat mich zu treffen und ganz klar mein Handeln einzuschränken. Dies allerdings wird den Tätern nicht gelingen. Ich persönlich lasse mich nicht von meinem Weg abbringen, in meinem Denken und Handeln so authentisch zu sein, wie ich es nun mal bin.

Die Aktion hat mich getroffen, das ist keine Frage, wenn so etwas in meinem privaten, familiären Umfeld pas-



## Zehn Jahre Gedenkstätte Ahrensböök

Am 66. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus beging die Gedenkstätte Ahrensböök den 10. Jahrestag ihres Bestehens. Menschen aus einem breiten politischen und religiösen Spektrum war gekommen, um der Veranstaltung in der Flachsröste beizuwohnen.

Monika Metzner-Zinsmeister begrüßte Vertreter der Landesregierung und der Gemeinde Ahrensböök. Nadine Ritter vom Voss vom Gymnasium Eutin las Texte zur Zwangsarbeit, musikalisch begleitet von Malte Keschull aus Pelzerhaken (Trompete und Piano). Christian Rathmer aus Lübeck hielt einen Vortrag über Zwangsarbeit in Ahrensböök und präsentierte den Zeitzeugen Bogdan Siewierski aus Wroclaw, der 1941 in Ahrensböök von einer



Zwangsarbeiterin geboren wurde.

Prof. Dr. Thomas Kuczynski referierte über die Entschädigungsansprüche der Zwangsarbeiter und die Rolle, die Deutschland dabei einnimmt. Dabei

ging er auch auf die Aufarbeitung des Faschismus in der DDR ein und spannte den Bogen bis zur Situation der Emigranten. Als Beispiel nahm er Anna Seghers Buch „Im Land der kalten Herzen“. Der Referent schilderte nicht zuletzt das Los der Heimkehrer nach der Befreiung, die Fremde im eigenen Heimatland geworden waren.

Bei einem Glas Wein war es noch möglich, Gespräche mit den Referenten zu führen. Dabei wurde die Empfehlung gegeben, das Buch „Brosamen vom Herrentisch“ zu lesen, in der auf literarische Weise die damalige Lage der Zwangsarbeiter anschaulich gemacht wird.

*M. Schweitzer*

## „Schulfrei für die Bundeswehr“ Friedenserziehung stärken!

Unter dieser Losung hat sich die VVN-BdA-Kreisvereinigung Lübeck/ Lauenburg zusammen mit terre des homes und dem Friedensforum Lübeck zunächst schriftlich an die Schulen gewandt. Mit Aufklärung und Beratung möchte man erreichen, dass sich immer mehr Schulen, Eltern und SchülerInnen gegen die zunehmende Propaganda der Bundeswehr an Schulen wehren.

Die VVN-BdA streitet seit ihrem Bestehen gegen die Militarisation der Gesellschaft und möchte nicht hinnehmen, dass bereits Schülerinnen und Schüler von der Bundeswehr vereinnahmt werden.

Mit der Strukturreform steht die Bundeswehr vor einer neuen großen Herausforderung: Wie wird sie in Zukunft ihr Personal rekrutieren? Unter dem Motto „Bundeswehrreform, Deine Chance“, wird es mit dem Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht ab Mitte 2011 verstärkt zu Aktivitäten und Werbemaßnahmen der Bundeswehr an Schulen kommen.

Mit dem Einsatz moderner Medien und subtiler psychologischer Ansprache wird versucht, junge Menschen für das eigentliche Ziel, die Zustimmung zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Ausland zu gewinnen. Die Faszination der militärischen Technik, die Verharmlosung des „Berufsbildes Soldat“ stehen dabei im Vordergrund.

Die Entscheidung über eine Zusammenarbeit zwischen Schule und Bundeswehr liegt bei den schulischen Gremien; besonders aber auch bei den Eltern, denen Gelegenheit zum Einspruch eingeräumt werden muss. Ein Musterantrag für die Schulkonferenz wurde den Antragsberechtigten ebenfalls zugeschickt.

Umfangreiche Informationen, die für eine Beratung wichtig sind, liegen bei der Kreisvereinigung vor.

*Angelika Wierts*

*KV Lübeck/Lauenburg*

siert. Meine Familie und ich, wir lassen uns davon aber nicht abbringen, Probleme bzw. politische Missstände anzusprechen, gemeinsam in Bündnissen bzw. mit Freunden uns für etwas zu engagieren. Als Bürger dieser Stadt sehe ich es als selbstverständlich an, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und es mit zu gestalten.

Kein Mensch hat das Recht sich an Menschen und deren Eigentum zu vergreifen, es zu beschädigen oder zu zerstören. Ich werde mein Engagement und Handeln nicht dadurch beeinflussen lassen, sondern es bestärkt mich, dass meine Tätigkeit für eine solidarische und demokratische Gesellschaft in Eutin weiter wichtig ist.

In Eutin wird – wie schon 1933 – was faschistisches Treiben angeht, weggesehen und geschwiegen. Dieses Schweigen verschafft den Nazis Raum und Macht, sich in den Alltag einzumischen. Das Problem anzugehen und gemeinsam dagegen zu arbeiten, verhindert dies.

Eine solche Gemeinsamkeit zu schaffen ist zurzeit von Seiten der Stadt Eutin bzw. des Bürgermeisters und diverser Parteien in der Eutiner Stadtvertretung nicht gewollt. Einladungen zu Gesprächen und Veranstaltungen des „Eutiner Runden Tisches gegen Faschismus“ wurden nicht berücksichtigt oder beantwortet. So gibt man Nazis in Eutin Spielraum, ihr

Treiben fortzusetzen. Ich glaube kaum, dass die Bürger in Eutin das so wollen.

Ich frage mich mittlerweile, was noch passieren muss, damit dieses Schweigen bricht. Ich hoffe nicht, dass erst ein Mensch zu Schaden kommt, weil wir uns alle gemeinsam nicht engagiert haben.

Wir sollten unsere gegenseitigen Vorurteile mal beiseitelassen und versuchen, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren – auf Eutin als eine kulturelle, tolerante und weltoffene Stadt.

Denkt dran: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

*Volker Raetzke*

## Eindrucksvolle Mahn- und Gedenkveranstaltung Aus der Geschichte für die Zukunft lernen

„Die Akte Gudendorf ist auch 66 Jahre nach Kriegsende nicht geschlossen“, sagte Benno Stahn (Kiel), von der Initiative „Blumen für Gudendorf“ auf der Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die in Massengräbern beerdigten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter. Alljährlich zum 8. Mai finden sich an dieser Stätte viele Menschen aus Dithmarschen und anderen Teilen Schleswig-Holsteins ein, um an die furchtbaren Verbrechen zu erinnern, die hier an wehrlosen Menschen verübt wurden. Historiker, Politiker, Kulturschaffende, Pastoren und Diplomaten vom Generalkonsulat der Russischen Föderation kommen nach Gudendorf, um zu gedenken und die Notwendigkeit von Erinnerungsarbeit zu betonen.

Diesmal gewann die Initiative Hubert Kniesburgs vom Arbeitskreis Stuckenbrock in Ost-Westfalen, Uta Körby, Vorsitzende des Trägerkreises KZ Kaltenkirchen und die Vize-Konsulin Marina Vasilieva Gedenkworte zu sprechen. Die traditionelle Andacht hielt Superintendent i.R. Klaus Looft aus Barlt, der sich auf die biblische Mahnung bezog: „Saget es Euren Kindern und lasset eure Kinder ihren Kin-

dern sagen und diese ihren Nachkommen“ (Joel 1).

Nichts dürfe um der Zukunft willen verschwiegen oder verharmlost werden, sagte Hubert Kniesburgs. „Was damals hier in diesem Lager geschah, das hatte System. Es war Teil eines groß angelegten Staatsverbrechens, eines Vernichtungskrieges“, betonte der Gast aus Westfalen. Kniesburgs wandte sich auch gegen die Legende, Schuld an den Staatsverbrechen sei allein der „Dämon Adolf Hitler“ und seine braune Führungclique. Es sei an der Zeit, sich von diesem verfälschenden Bild endgültig zu verabschieden. Beteiligt an den Verbrechen seien gesellschaftliche Eliten gewesen, Wissenschaftler, die den Raubzug nach Osten begründeten, hohe Bürokraten, die ihn organisierten, Wirtschaftsherren, die daran verdienten.

Vize-Konsulin Marina Vasilieva dankte den um die Gedenkstättenarbeit in Gudendorf bemühten Menschen, dass sie den in den Massengräbern ruhenden Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ihre Namen wiederzugeben versuchen. „Ihre Hinterbliebenen wissen bisher nicht, wo ihre Angehörigen zu finden sind, wo sie

ihre letzte Ruhe gefunden haben“, sagte die Vertreterin des Generalkonsuls, „deshalb ist es wichtig, solche Orte des Gedenkens zu haben. Solche Orte dienen auch der Versöhnung über den Gräbern und veranlassen uns, den Krieg nicht zu vergessen und somit auch heute Frieden zu bewahren.“

Uta Körby sprach von der Notwendigkeit der Gedenkstättenarbeit. In diesem Zusammenhang kritisierte sie, dass auf dem Hinweisschild zum Gedenkfriedhof der verfälschende Begriff „Kriegsgräberstätte“ stehe. Es handle sich in Gudendorf nicht um gefallene Soldaten sondern um Menschen, die fern ihrer Heimat ermordet wurden.

Die würdevolle Gedenkfeier wurde musikalisch von der Hamburger Gruppe „Rotdorn“ begleitet, die russische und deutsche antifaschistische und Friedenslieder sang. Auf Einladung des Bürgermeisters von Gudendorf klang die Mahn- und Gedenkveranstaltung mit einem Zusammensein im „Dörpshus“ aus, wo die „Initiative Blumen für Gudendorf“ über ihre aktuelle Gedenkstättenarbeit informierte. *Wi.*



### Krisen- und Kriegsregion Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten

Mit einem spannenden Lichtbilder- und Filmvortrag hat Clemens Ronnefeld vom internationalen Versöhnungsbund aus Freising am 5. Mai etwa 35 ZuhörerInnen begeistert – zumal er aktuell von seinem Besuch in Kairo berichten konnte. Er schilderte die Aufbruchstimmung in Ägypten, den Machtkampf in Libyen und ging auf den von der NATO völkerrechtswidrig geführten Krieg ein. Er berücksichtigte das verzweifelte Bemühen der Palästinenser für einen eigenen Staat und die Verhinderung durch die israelische Politik. Auch erfuhren wir über seine Aktivitäten bei Friedenskonferenzen in Beirut. Denn der Israelisch-Palästinensische Konflikt ist immer noch der Kernkonflikt im Nahen Osten. Wenn dieser Konflikt nicht gelöst wird, könnte es zu weiteren Kriegen kommen.

Deutschland ist mit seinem Versprechen, Israel vor Angriffen auch militärisch zu schützen, in einer besonderen Verantwortung.

Eine DVD über diesen Abend haben wir erstellt.

*Bernd Meimberg (Kreisvereinigung Lübeck/Ratzeburg)*

*Foto: Lore Meimberg*

# Neofaschismus-Ausstellung der VVN-BdA auch in Schleswig und Süderbrarup erfolgreich!

Erneut machte unsere Ausstellung im nördlichen Schleswig-Holstein Station, dieses Mal in Schleswig. Zunächst war sie vom 2. – 5. Mai in der Volkshochschule der Schleistadt zu sehen. Veranstalter war der Bezirk Nordost der Gewerkschaft ver.di Nord. Überraschende Aktualität hatte die Ausstellung durch den tags zuvor stattgefundenen Überfall von Neofaschisten auf die Maikundgebung des DGB in Husum erhalten. So stand denn auch die Eröffnung der Ausstellung am Montag ganz im Zeichen dieser neofaschistischen Provokation. Nach einem Grußwort des Hausherrn der VHS, Herrn Hennig und des ver.di-Ortsvereinsvorsitzenden Joosten fand der DGB-Regionalvorsitzende Helmut Hartmann deutliche Worte und geißelte das Vorgehen der Neofaschisten als „militärisch vorbereiteten Angriff“ auf den DGB.

Im Anschluss daran stellte der VVN-BdA Landesvorsitzende Hartmut Büchsel den Anwesenden die Ausstellung vor. Ein ungebetener Gast war wohl auch dabei. In den nächsten Tagen fanden viele Schulklassen der benachbarten Dom-Schule den Weg in unsere Ausstellung.

Am 5. Mai fand dann ein fliegender Wechsel statt: Abbau der Ausstellung in der Volkshochschule und Aufbau im Berufsbildungszentrum (BBZ) Schleswig in der Flensburger Straße. Hier war unsere Ausstellung vom 6. – 13. Mai im Foyer des Altbaus zu sehen.

Etwa hundert SchülerInnen hörten bei der Eröffnung am 6. Mai zunächst die Grußworte des Schulleiters des BBZ, Herrn Henken und von André Meyhoff, dem Jugendverantwortlichen der Gewerkschaft ver.di im Bezirk Nordost. André verdeutlichte den Jugendlichen noch einmal die Notwendigkeit der kritischen Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus vor Ort, indem er auch regionale Bezüge herstellte. Anschließend führte Hartmut Büchsel die Anwesenden durch die Ausstellung und erläuterte deren Konzept. In den nächsten Tagen war unsere Ausstellung ständig von interessierten Schülerinnen und Schü-

lern umlagert. Viele Klassen besuchten die Ausstellung mit ihren Lehrkräften. Es herrschte eine sehr aufgeschlossene und auch gastfreundliche Atmosphäre und wir fühlten uns bei unseren Gastgebern jederzeit gut aufgehoben. Den Jugendlichen, den Lehrkräften und den anderen Mitarbeitern des BBZ, die sich jederzeit hilfsbereit, aufgeschlossen und interessiert zeigten, ist für ihr Engagement zu danken. Dem mehrfach vorgetragenen Wunsch nach einer Wiederholung werden wir gerne nachkommen.

Und erneut ein fliegender Wechsel: Am 13. Mai Abbau der Ausstellung im BBZ Schleswig und Wiederaufbau in der Gemeinschaftsschule Süderbrarup, einem Ort zwischen Schleswig und Kappeln, der vor allem durch „Brarupmarkt“, den größten ländlichen Jahrmarkt Schleswig-Holsteins überregional bekannt ist. Hier war unsere Neofaschismus-Ausstellung vom 17. – 27. Mai zu Gast.

Ein Highlight gab es gleich am 17. Mai. Der bundesweit bekannte Neofaschismus-Experte und Journalist Andreas Speit hatte aus Hamburg den Weg nach Süderbrarup gefunden und referierte vor mehr als 200 SchülerInnen der Thorsberg-Schule. Er tat dieses in der ihm eigenen lebendigen und anschaulichen Art und es gelang ihm scheinbar mühelos, die Jugendlichen für das Thema zu interessieren und in seinen Vortrag mit einzubinden. In den nächsten Tagen besuchten nahezu alle Klassen vom 7. Jahrgang aufwärts die Ausstellung.

Für die zu diesem Zeitpunkt gerade anwesenden Schüler/innen der polnischen Partnerschule aus der Nähe von Krakau wurden die Texte extra ins Englische übersetzt. Für interessierte Eltern und Kommunalpolitiker standen am 24. Mai noch einmal die Schulleiterin, Frau Mroczkowski, der Geschichtslehrer Herr Gebauer und der VVN-BdA Landesvorsitzende Büchsel Rede und Antwort. In dieser Schule hat die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Tradition: In der Pausenhalle der ehemaligen Realschule, wo auch unsere Ausstellung aufgebaut war, ist das einzige

Mahnmal der Nazizeit in Süderbrarup zu sehen, die Türen der Arrestzellen von Süderbrarup aus dieser Zeit, hinter denen sich der Süderbraruper Bürger Wilhelm Hass als Verfolgter des Naziregimes das Leben nahm.

Vom 14. bis 24. Juni (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) war die Ausstellung der VVN-BdA „Neofaschismus in Deutschland“ im Rathaus der Stadt Husum zu Gast.

*Hartmut Büchsel*

## „Verfolgt, verfemt, entartet“

Unter dem Motto „Verfolgt, verfemt, entartet“ ist im Lübecker Burgkloster eine Bilderausstellung aus der Sammlung des Willy-Brandt-Hauses Berlin zu sehen. Sie kann noch bis zum 28. August jeweils dienstags bis sonntags in der Zeit von 10 bis 17 Uhr besichtigt werden.

Nach der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 nahmen sich die Nazis die Bildende Kunst vor, die nach dem Wert beurteilt wurde, den ihr die Nazis gaben. Viele Künstler wurden verfolgt, etliche von ihnen gingen ins Ausland, manche begingen Selbstmord oder wurden in Konzentrationslager gebracht.

Zu jedem der ausgestellten Künstler gibt es biografische Hinweise. Die Ausstellung geht auch auf das Thema „entartete Kunst“ ein. Was die Nazis darunter verstanden, zeigten sie 1937 in München in einer Ausstellung, die letztlich die selbe Wirkung hatte wie die Bücherverbrennung. Die meisten dieser Werke wurden anschließend vernichtet oder von den Nazis verkauft. Bis in die jüngere Zeit wurden manche Maler und Bildhauer verfemt, weigerten sich Museen, diese auszustellen.

Zur Eröffnung sprach Klaus Wetzig vom Willy-Brandt-Haus Berlin, der auch den größten Teil der Kunstwerke zusammengetragen hat.

*Mechthild Schweitzer*

# Alles ist möglich

## Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien Mai 2011

### Es gilt wieder „Krieg ist die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln“.

Für die VVN-BdA heißt Antifaschismus auch Kampf für den Frieden, gegen Militarisierung der Gesellschaft und Auslandseinsätze in aller Welt. Die Losung „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ ist eine untrennbare Einheit.

#### Entgrenzung der Militäreinsätze

Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) stellen eine völlige Entgrenzung der Militäreinsätze dar. So heißt es ausdrücklich, „Sicherheit für unser Land zu gewährleisten“ bedeute nicht nur, „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“. „Sicherheit“ beinhalte „insbesondere, Auswirkungen von Krisen und Konflikten auf Distanz zu halten“ und sich aktiv an „Vorbeugung und Einhegung zu beteiligen“. Das umfasse „auch den Einsatz von Streitkräften“.

Eine „Bedrohung Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln ist unverändert unwahrscheinlich,“ gleichzeitig werden so viele Bedrohungen (Migrationsströme, Zerfall von Staaten, Klimakatastrophen, Terrorismus, diktatorische Regime usw.) genannt, sodass es immer einen Grund gibt militärisch einzugreifen. Dass die Politik der BRD und anderer westlicher Staaten diese sog. Bedrohungen mit zu verantworten haben, bleibt unerwähnt.

#### Zugang zu Bodenschätzen sichern.

Neu ist, dass man sich den Zugang zu den Bodenschätzen dieser Welt auch militärisch absichern will. Das nennt man Wirtschaftskriege. Nur eine Einschränkung bleibt bestehen: „In jedem Einzelfall“ sei „eine klare Antwort auf die Frage notwendig, inwieweit die Interessen Deutschlands den Einsatz erfordern und rechtfertigen“. Hier ist ein folgenschwerer und endgültiger Bruch mit einer aus der historischen Erfahrung hergeleiteten Zurückhaltung vollzogen worden. Die VPR knüpfen an einen Expansionismus an, von dem jahrzehntelang behauptet wurde, dass er überwunden sei.

#### Zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMA) in Inlands- und bei Auslandseinsätzen stärken

Neu ist auch, dass die nicht militärischen Elemente der Berliner Politik in Zukunft noch enger mit den militärischen Elementen verschmolzen und der globalen Durchsetzung deutscher Interessen untergeordnet werden sollen. „Das zielgerichtete Zusammenwirken des Auswärtigen Dienstes, der Entwicklungshilfe, der Polizei, der Streitkräfte, des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Nachrichtendienste“ sei „auf allen Ebenen zu verstärken“. Die noch bestehenden verfassungsrechtlichen Beschränkungen für ein solches „Zusammenwirken“, die vor allem die Kooperation von Militär, Polizei und Spionage betreffen, sollen fallen.

Neu ist auch der Umfang der Einbeziehung der Reservisten. Reservisten sind unentbehrlicher und künftig noch wichtigerer Bestandteil der Bundeswehr. Sie werden, wo immer möglich, die aktive Truppe verstärken und selbst im Einsatz die Durchhaltefähigkeit erhöhen. Die Vielfalt ihrer zivilberuflichen Qualifikation ermöglicht dabei auch den kurzfristigen, krisenbezogenen Einsatz von Reservisten in einem breiten Aufgabenspektrum und unterstützen die Streitkräfte im Bedarfsfall beim Aufbau neuer Fähigkeiten. Sie „erfüllen zudem eine unverzichtbare Bindegliedfunktion, die sowohl der Nachwuchsgewinnung als auch der gesellschaftlichen Einbindung der Streitkräfte zugute kommt.“

Das heißt doch, dass Reservisten bei länger andauernden Kriegen oder wenn die Bundeswehr in mehrere Konflikte und Kriege eingebunden ist (Afghanistan, Kosovo, u. a.) eingesetzt werden können wie z. B. in den USA.

#### Die Parteien zu den VPR im Bundestag

Thomas de Maizière eröffnete der Bevölkerung, dass es große „Erwartungen“ an die Bundeswehr gebe, die den Umfang überträfen, der „bisher in Deutschland bekannt“ und „akzeptiert“ sei. Konkret „auf uns zukom-

men“ könnten Interventionen in Pakistan, Jemen, Somalia oder im Sudan.

In der Bundestagsdebatte am 27.5.2011 stimmt Jürgen Trittin von Bündnis 90/Die Grünen dem Minister zu. Krieg sei eben ein „Teil der Außenpolitik“ und insbesondere ein Krieg im Sudan könne den deutschen Soldaten bevorstehen. Berlin dürfe „keine rechtsfreien Räume auf diesem Globus dulden“. Die Ausführungen des Verteidigungsministers zu den VPR und der damit verbundenen Bundeswehrreform wurden auch von der SPD mit Lob überschüttet. Peer Steinbrück klatschte vor dem Fernsehpublikum in die Hände vor Begeisterung. Da er eventuell Kanzlerkandidat der SPD wird, ist das von besonderer Bedeutung. Opposition kam nur von der Partei DIE LINKE. Sie lehnt es ab, dass Bundeswehresoldaten für Wirtschaftskriege in Marsch gesetzt werden. Ein Arbeitskreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung fordert eine Art Nationalen Sicherheitsrat und eine umfassende Unterstellung der gesamten Gesellschaft unter die Prämissen so genannter Sicherheitspolitik. Die Vorgaben befinden sich in den Verteidigungspolitischen Richtlinien.

#### Resümee:

Die Richtlinien fördern die Militarisierung der Gesellschaft. Das Aussetzen der Wehrpflicht erfordert eine enorme Propaganda, um junge Menschen für die Bundeswehr zu gewinnen – das geschieht auch in hohem Maße an Schulen. Der Krieg soll endgültig ein ganz normales Instrument außenpolitischer Handlungsfähigkeit werden – als normales Geschehen in die Köpfe der Bevölkerung eingehen.

Ob das gelingt, ist fraglich, denn ca. 75 % lehnen seit langem den Afghanistankrieg ab und auch den Krieg gegen Libyen. Es gibt Chancen, den Militarismus zu stoppen!

*Bernd Meimberg*

Quellen: Die VPR vom 18.5.2011; Archiv German Foreign Policy; AK Antimilitarismus der VVN-BdA; Bundestagsdebatte am 27. Mai 2011 (<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/>).

## Spuren der Revolution werden aus der Versenkung geholt

**Die Revolution ist Teil der Kieler Geschichte, spielt aber nur eine untergeordnete Rolle. Dem hat nun ein Initiativkreis entgegengewirkt. Aus dem Ort des Vergessens ist ein Ort der Erinnerung werden.**

Am 4. Juni 2010 trafen sich einige Mitglieder des Initiativkreis „Kiel und die Revolution 1918“ zum Ideenaustausch und zur Planung an der Grabanlage aus den Jahren 1918 – 1920 auf dem Friedhof „Eichhof“. Wer sich auf der oberen Hälfte des großen Rasenplatzes befindet, auf dem die Redner wie auf einem Naturpodium standen, kann sich die Beisetzungen und Versammlungen leicht vorstellen. Eingerahmt von alten Linden steht ein großer Findling mit der Inschrift: „Ruhestätte der Opfer der Revolution“. Nur ein langjähriger bürokratischer Vorgang um die Besitzverhältnisse des Steines hatte es verhindert, das er während der NS-Zeit gesprengt wurde. An den Stein schließen sich im Halbkreis 18 Namenssteine auf der rechten und 23 auf der linken Seite an. Sie sind zugleich die obere Begrenzung des Ehrenfeldes. Vereint liegen hier die Opfer dreier gewalttätiger Ereignisse auf dem Weg vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Fünf der Grabsteine sind der Novemberrevolution



1918 zuzuordnen, fünf dem Spartakisten-Aufstand vom Februar 1919 und 31 dem Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920. Die Toten waren Arbeiter aus Kieler Betrieben, Seeleute, Handwerker, Lehrlinge, Schüler und Hausfrauen.

Die Steine müssten zum Teil gerichtet werden, da war man sich einig. Da nur wenige KielerInnen die Historie dieser würdigen Gedenkstätte kennen, sollte zudem mit einer Erinnerungs- und Informationstafel Interesse an der Geschichte der Revolution in Kiel geweckt werden. Der ehrenamtlich arbeitende Initiativkreis konnte dieses Projekt verwirklichen, weil die Bürgerstiftung Kiel, der DGB und der Kirchenkreis Altholstein als Sponsoren

mitgewirkt haben. Und so wurde am 12. Mai 2011 am Zugang zur Ruhestätte, der nun auch für Rollstuhlfahrer geeignet ist, eine Informationsstele enthüllt. „Es gibt Spuren, die an diese Zeit erinnern. Man muss sie nur finden“, sagte Rolf Fischer vom Kieler Initiativkreis vor etwa 25 interessierten Menschen.

Die Revolution ist Teil der Kieler Geschichte. Doch sie spielt eine untergeordnete Rolle. Dem will der Initiativkreis entgegenwirken. „... aus dem Ort des Vergessens soll ein Ort der Erinnerung werden“, so Rolf Fischer (MdL, SPD). Auch der Stadtgang „Revolution in Kiel“ ([www.geostepbystep.de](http://www.geostepbystep.de)) trage mit der „Verknüpfung der historischen Orte“ dazu bei, so Ralph Möller-Beck, Regionsvorsitzender des DGB. Der Stadt Kiel fällt der Umgang mit dem Thema noch immer schwer, wie man an den Diskussionen zur Umbenennung des Bahnhofsvorplatzes erleben musste. Aus Vorschlägen wie „Platz der Revolution“ oder „Platz der roten Matrosen“, die die Ereignisse 1918 deutlich beschreiben, wurde der „Platz der Kieler Matrosen“ beschlossen. Die Umbenennung fand am 17. Juni im Rahmen der Kieler Woche statt.

*Kiel 17.6.2011, Christel Pieper*

### **10 Jahre Krieg in Afghanistan: Truppen abziehen – sofort und bedingungslos!**

#### **Zum Aktionsherbst 2011**

Die VVN-BdA unterstützt aktiv den Aktionsherbst 2011 für die Beendigung des Afghanistankrieges. In Kürze die Daten:

- Am 1.9. und 4.9.2011 (Jahrestag des Kundus-Massakers) bundesweite Aktionen
- Am 7.10. Anklage gegen die Verantwortlichen des Krieges in Berlin
- Am 7./8.10. in Berlin und anderen Städten Mahnwachen und Demonstrationen
- Am 26./27.11. Friedensratschlag Kassel
- Am 3. bis 5.12. bundesweite Demonstration anlässlich des Gipfels der Kriegssallianz.

Besonders diese Demonstration muss sehr groß werden. Alle Aktionen dienen auch dazu, für diese bundesweite Großdemonstration zu werben.

**DEM FRIEDEN EINE CHANCE –  
TRUPPEN RAUS AUS AFGHANISTAN!**

*Bernd Meimberg, Foto: Lore Meimberg*



*Infostand am 1. Mai in Lübeck mit Unterschriftensammlung gegen den Afghanistankrieg*

## Stolpersteine für Widerstandskämpfer in Lübeck verlegt



Seit 1993 sind in Europa 30.000 Stolpersteine von dem Künstler Gunter Demning verlegt worden, davon 115 in Lübeck.

Vor einigen Jahren lud Fritz Bringmann unsere Gruppe zu sich nach Hause ein und übergab uns eine Liste von Lübecker Widerstandskämpfern mit der Bitte, uns dafür einzusetzen, dass für diese Männer und Frauen Stolpersteine in Lübeck verlegt werden. Er kannte sie alle persönlich. Dank des Lübecker Historikers Christian Rathmer, der ebenfalls mit uns bei Fritz war, und seiner Gruppe „Projekt Stolpersteine für Lübeck“ konnte Fritz Wunsch in Erfüllung gehen. Für zwei von seiner Liste, nämlich für Karl-Heinz Ring und Hans Grube wurden Stolpersteine am 24. Mai verlegt, dafür bedankte sich Bernd in einer kurzen Ansprache.

Für die anderen Widerstandskämpfer sollen Stolpersteine im August und September 2011 verlegt werden.

Für Gustaf Feldzien, geb. 1914 in Cashagen, Mitglied der Revolutionären Arbeiterjugend (RAJ) in Lübeck, 1936 verhaftet und zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, 1940 in das KZ Sachsenhausen eingewiesen und kam dort ums Leben, übernimmt unsere Gruppe die Patenschaft und Alice Bringmann die Kosten des Steins.

Insgesamt werden noch in diesem Jahr 30 Stolpersteine von Gunter Demning nach Angaben des „Projekts Stolpersteine“ angefertigt. Die Verlegung übernimmt das Projekt selbst.

Kurz vor Fritz Tod konnten wir ihm noch die gute Nachricht überbringen, dass seine Wunschkandidaten für Stolpersteine auf dem guten Weg sind. Alice Bringmann hat sich sehr gefreut, dass der Wunsch von Fritz in Erfüllung ging.

*Lore Meimberg, VVN-BdA Lübeck/Lauenburg*



*Am 18.4. verabschiedete sich unsere VVN-BdA Gruppe Lübeck/Lauenburg von Fritz an der Bringmann-Stele auf dem Vorwerker Friedhof in Lübeck*

### Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
  - ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
  - ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
  - ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
  - ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
  - ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
  - ▼ Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
  - ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
  - ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
  - ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
  - ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckerweg 4, 25719 Barlt
  - ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
  - ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
  - ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdah@email.de]
- www.schleswig-holstein.vvn-bda.de**  
**Neofakommission Küste:**  
**www.kueste.vvn-bda.de**

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

**Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.**

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name: .....
- Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von ..... Euro\*.
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.



Bitte einsenden an: .....

### VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-6660805, Fax: M. Wilke, 04103-180200,  
 E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

\* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G. BLZ 216 617 19, KNR 4332970